Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Jährlich 150 Nummern. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich ausschl. Postbestellgebühr. | Leipzig, den 15. September 1908. | Anzeigen im „Korr." kosten: die viergespaltene Nonpareillezeile 25 Pfennig; Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt aber nur 10 Pfennig die Zeile. | Nr. 107.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1907.

In der letzten Nummer des „Korrespondenzblatt" wird ausführlich wie immer und unterstützt durch ein reiches Tabellenmaterial über den Stand der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1907 berichtet. Wir haben bereits in Nr. 57 vom 16. Mai ein vorläufiges Ziffernmaterial veröffentlicht, nunmehr liegt aber das Gesamtergebnis vor. Bekanntlich war das Jahr 1907 kein günstiges Wirtschaftsjahr für die deutschen Gewerkschaften, wie wiederholt von uns im „Korr." an den Ziffern der Arbeitslosigkeit nachgewiesen worden ist. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1,6 Prozent Ende 1906 auf 2,6 Prozent Ende 1907 und ist seitdem immer noch in der Zunahme begriffen. Die Wirkungen dieser allmählich einsetzenden Krise mußten sich natürlich auch auf die Gewerkschaften ausdehnen, wenngleich mit Befriedigung festzustellen ist, daß trotz alledem ein Fortschritt in der Mitgliederzunahme verzeichnet werden kann. Die gewerkschaftlichen Zentralverbände erhöhten im Jahresdurchschnitt 1907 ihre Mitgliederzahl um 175 797, dagegen die christlichen Gewerkschaften nur um 27 207, während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine um 9619 Mitglieder zurückgingen. Es ist eine Tatsache, wenn der Berichterstatter im „Korrespondenzblatt" konstatiert: „Der Gesamtfortschritt der deutschen Gewerkschaftsentwicklung im Berichtsjahre wird also repräsentiert durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände, — das war seither so und wird auch in Zukunft so bleiben."

Im Jahresdurchschnitt 1907 hatten unsre gewerkschaftlichen Zentralverbände 1 865 506 Mitglieder, am Ende des Jahres 1907 dagegen 1 873 146. In den lokalistischen Vereinen waren 20 461 Mitglieder vorhanden (davon entfallen auf die Freie Vereinigung Deutscher Gewerkschaften nach deren eigner Angabe 17 633 Mitglieder), in den Deutschen Gewerkvereinen (Hirsch-Duncker) 108 889, in den christlichen Gewerkschaften 274 323, in den sogenannten unabhängigen christlichen Verbänden 80 437 und in den übrigen unabhängigen Organisationen 96 684 Mitglieder, so daß die gesamten gewerkschaftlichen Organisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907 2 446 300 Mitglieder zählten. Dagegen zählten Ende 1906 die englischen Gewerkschaften 2 106 283 Mitglieder, Anfang 1907 die französischen Gewerkschaften 896 012 Mitglieder, die amerikanischen Gewerkschaften 2 300 000 Mitglieder. Bedauerlich bleibt nur in Deutschland, daß seine Gewerkschaftsorganisationen in so viele Richtungen zersplittert sind: eine Frucht der politischen Entwicklung in Deutschland und mangelnder parteipolitischer Neutralität.

Über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften und ihren langsamen Aufstieg, der uns auch die Gefahr der christlichen Gewerkschaften etwas näher rücken sollte, stellt das „Korrespondenzblatt" fest, daß die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1877 rund 49 000 Mitglieder zählten, 1885/86 waren es deren 100 000, 1887/88 zählte man 103 000 und 1889 135 000. Die erste unvollkommene Statistik der Generalkommission stellte für 1890 rund 300 000 Mitglieder fest. Seit 1891 wird über die gewerkschaftlichen Zentralverbände eine zuverlässige Statistik geführt, die in den einzelnen Jahren folgendes Bild über die Entwicklung dieser Verbände zeigt:

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre absolut	in Proz.
1891	277 659	—	—
1892	237 049	—	—
1893	223 530	—	—
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5
1905	1 344 803	292 695	27,8
1906	1 689 709	344 906	25,6
1907	1 865 506	175 797	10,4

Neben der allgemeinen Mitgliederzunahme der Zentralverbände ist aber in verschiedenen Verbänden eine Mitgliederabnahme zu konstatieren. In 21 Verbänden nahm die Zahl der Mitglieder um 26212 ab, allerdings entfallen von dieser Ziffer auf vier Verbände (Bauhilfsarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Tabakarbeiter) allein 21 157 Mitglieder, so daß die übrigen 17 Verbände sich in den Rest von 5055 Mitglieder teilen können.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1907 ergibt sich nachstehende Reihenfolge der Gewerkschaften:

Metallarbeiter 355 386, Maurer 192 582, Holzarbeiter 149 501, Fabrikarbeiter 134 233, Textilarbeiter 121 265, Bergarbeiter 110 888, Transportarbeiter 87 259, Bauhilfsarbeiter 71 268, Zimmerer 54 395, Buchdrucker 52 364, Maler 39 009, Schneider 38 159, Schuhmacher 37 188, Brauereiarbeiter 31 612, Tabakarbeiter 30 676, Hafenarbeiter 25 168, Gemeindearbeiter 24 997, Buchbinder 21 200, Steinarbeiter 19 176, Schmiede 18 797, Maschinisten 17 008, Bäcker und Konditoren 16 264, Glasarbeiter 15 818, Lithographen 15 777, Porzellanarbeiter 14 725, Buchdruckereihilfsarbeiter 13 961, Töpfer 11 914, Steinsetzer 10 403, Tapezierer 8604, Stukkateure 8293, Böttcher 7989, Lederarbeiter 7874, Seeleute 7720, Handlungsgehilfen 7531, Sattler 7011, Hutmacher 6947, Gastwirtsgehilfen 6728, Dachdecker 6403, Gärtner 4952, Glaser 4762, Mühlenarbeiter 4744, Bildhauer 4603, Kupferschmiede 4069, Portefeuiller 3955, Handschuhmacher 3846, Schiffszimmerer 3762, Hoteldiener 3152, Fleischer 3035, Zigarrensortierer 2802, Barbiere 2229, Kürschner 2193, Lagerhalter 1846, Bureauangestellte 1305, Zivilmusiker 1188, Asphalteure 498, Xylographen 489, Schirmmacher 487, Photographen 467, Formstecher 437, Blumenarbeiter 430, Notenstecher 424.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Gewerkschaften stieg von 118 908 auf 136 929 und beträgt 7,3 Prozent sämtlicher gewerkschaftlich organisierter Arbeiter. Diesen 136 929 weiblichen Mitgliedern standen im Jahre 1906 allein in revisionspflichtigen Betrieben 1 095 899 Arbeiterinnen über 16 Jahre gegenüber.

Von den 136 929 weiblichen Mitgliedern gehörten u. a. zum Verband der Textilarbeiter 44 277, Metallarbeiter 14 693, Tabakarbeiter 14 182, Fabrikarbeiter 12 121, Buchbinder 8841, Buchdruckereihilfsarbeiter 8333, Schuhmacher 5364, Schneider 4983, Handlungsgehilfen 4167, Holzarbeiter 3457, Transportarbeiter 3158, Hutmacher 2059, Porzellanarbeiter 1938, Bäcker und Konditoren 1199.

Über die pekuniären Leistungen der Gewerkschaften im Jahre 1907 sagt der Bericht: Die günstige Entwicklung der Finanzen der Gewerkschaften hat auch im Berichtsjahr angehalten. Die Gesamteinnahmen stiegen seit 1906 von 41 602 939 Mk. auf 51 396 784 Mk. oder von 24,62 Mk. auf 27,55 Mk. pro Kopf der Mitglieder, die Gesamtausgabe von 36 963 413 Mk. auf 43 122 519 Mk. oder von 21,88 Mk. auf 23,12 Mk. pro Kopf sowie die Vermögensbestände von 25 312 634 Mk. auf 33 242 545 Mark oder von 14,98 Mk. auf 17,82 Mk. pro Kopf der Mitglieder. Wie von Jahr zu Jahr der Gesamtdurchschnitt der Gewerkschaftsfinanzen gestiegen ist, verdeutlicht folgende Darstellung der Verhältniszahlen:

	Einnahmen	Ausgaben	Kassenvermögen
	pro Kopf der Mitglieder berechnet		
	Mk.	Mk.	Mk.
1891	6,68	9,62	2,56
1895	11,53	9,86	6,96
1900	13,89	11,89	11,38
1905	20,68	18,61	14,60
1906	24,62	21,88	14,98
1907	27,55	23,12	17,82

Bezüglich der Einnahmen der Gewerkschaften im Jahre 1907 gestalten sich diese für die Gewerkschaften pro Kopf der Mitglieder wie folgt: Es vereinnahmten die Lithographen 63,13 Mk., Notenstecher 61,69, Buchdrucker 59,11 (ohne Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge), Bildhauer 54,57, Holzarbeiter 52,08, Formstecher 50,38, Hafenarbeiter 34,41, Metallarbeiter 32,52, Zimmerer 30,10, Zigarrensortierer 29,78, Lederarbeiter 29,34, Tapezierer 27,96, Dachdecker 27,26, Kupferschmiede 27,25, Tabakarbeiter 27,20, Sattler 26,92, Porzellanarbeiter 26,76, Hutmacher 26,24, Bauhilfsarbeiter 26,10, Maurer 26,06, Steinsetzer 25,57, Töpfer 25,04, Brauereiarbeiter 24,54, Seeleute 24,30, Böttcher 24,23, Mühlenarbeiter 23,84, Glaser 23,67, Gastwirtsgehilfen 23,50, Photographen 23,48, Maler 23,41, Buchbinder 23,09, Xylographen 22,93, Schmiede 22,47, Schiffszimmerer 22,42, Maschinisten 22,21, Handschuhmacher 21,60, Asphalteure 21,57, Portefeuiller 21,36, Steinarbeiter 21,36, Bäcker und Konditoren 21,23 Kürschner 20,55, Buchdruckereihilfsarbeiter 19,00, Gemeindearbeiter 18,80, Stukkateure 18,77, Gärtner 18,68, Fabrikarbeiter 18,54, Schuhmacher 18,47, Transportarbeiter 18,00, Glasarbeiter 17,97, Barbiere 17,06, Schneider 16,70, Bergarbeiter 16,03, Zivilmusiker 14,78, Lagerhalter 14,09, Hoteldiener 13,97, Textilarbeiter 13,64, Blumenarbeiter 11,96, Fleischer 11,64, Bureauangestellte 11,37, Handlungsgehilfen 11,27, Schirmmacher 10,52 Mk.

Im Jahre 1907 betrug der Wochenbeitrag für männliche Mitglieder in

1 Organisation	. . .	15—20 Pf.
7 Organisationen	. .	21—30 „
15 „	. . .	31—40 „
23 „	. . .	41—50 „
15 „	. . .	über 50 „

Die Jahresausgaben der Gewerkschaften, die, wie schon angegeben, von 36 963 413 Mk. in 1906 auf 43 122 519 Mk. in 1907 angewachsen sind, erforderten allein für Reise- und Arbeitslosenunterstützung mehr als das Doppelte des Vorjahrs, nämlich 7 400 000 Mk., gegen 3 400 000 Mk. in 1906. Auf die einzelnen Tätigkeitszweige entfielen im Berichtsjahre folgende Ausgabesummen:

	Organisationen	Mk.
Verbandsorgan	63	1 878 392
Agitation	61	2 271 271
Streiks im Berufe	56	12 994 821
Streiks in anderen Berufen	54	201 542
Rechtsschutz	55	346 773
Gemaßregeltenunterstützung	47	1 010 045
Reiseunterstützung	44	869 148
Arbeitslosenunterstützung	43	6 527 577
Krankenunterstützung	48	3 482 822
Invalidenunterstützung	8	384 562
Beihilfe in Sterbefällen	48	642 385
Beihilfe in Notfällen	45	467 707
Umzugskosten	39	275 716
Stellenvermittlung	18	52 837
Bibliotheken	35	276 588
Unterrichtskurse	32	43 195
Statistiken	19	61 315
Sonstige Zwecke	58	3 187 093
Konferenzen u. Generalversammlungen	57	418 737
Beitrag an die Generalkommission	55	240 164
Beitrag zu internationalen Verbindungen	21	52 192
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	38	574 099
Prozeßkosten	21	31 131
Verwaltungskosten, persönliche	63	691 753
Verwaltuugsmaterial	63	780 358

Die Streikunterstützung ging von 13 748 412 Mk. auf 13 196 363 Mk. zurück, dagegen steigerte sich der Gesamtaufwand für andre Unterstützungszwecke von 10 957 279 Mk. auf 15 885 127 Mk.

In den 17 Jahren seit Führung der gewerkschaftlichen Statistik, 1891—1907, sind nicht weniger als 117,6 Millionen Mark für Unterstützungszwecke ausgegeben worden, wovon 60 Millionen Mark auf Streikunterstützungen, rund 57,6 Millionen Mark auf andre Unterstützungen sich verteilen.

Auf dem Gebiete des Unterstützungswesens hat besonders die Einführung der Kranken- bzw. der Erwerbslosenunterstützung Fortschritte gemacht.

Unterstützung zahlten	Verbände 1904	1905	1906	1907
Reiseunterstützung	46	49	49	46
Arbeitslosenunterstützung	38	41	43	40
Krankenunterstützung	31	40	44	48
Invalidenunterstützung	5	6	7	6
Sterbeunterstützung	39	42	46	48

Die geringeren Ziffern für 1907 erklären sich aus dem Übertritt einer Reihe von Verbänden zu anderen Verbänden. In Wirklichkeit ist mit Ausnahme der Invalidenunterstützung auf allen Gebieten eine Zunahme eingetreten.

Die Vermögensbestände der Gewerkschaften haben im Jahre 1907 die Höhe von 33 242 545 Mk. erreicht. Davon entfallen 6 262 090 Mk. auf die Buchdrucker, 5 606 906 Mk. auf die Maurer, 4 791 098 Mk. auf die Metallarbeiter, 2 712 300 Mk. auf die Holzarbeiter, 2 013 720 Mk. auf die Bergarbeiter, 1 610 232 Mk. auf die Zimmerer und 1 311 648 Mk. auf die Fabrikarbeiter. Von den übrigen Verbänden hatten 5 ein Vermögen von

500000 bis 1 Million Mark, 5 ein solches von 250000 bis 500000 Mk. und 15 ein solches von 100000 bis 250000 Mk., die anderen blieben hinter 100000 Mk. zurück.

Berechnen wir die Vermögensbestände nach dem Mitgliederdurchschnitte, so entfielen auf jedes Mitglied der Notenstecher 185,24, Buchdrucker 119,59, Xylographen 68,14, Formstecher 53,99, Lithographen 45,13, Hutmacher 39,60, Portefeuiller 37,06, Kupferschmiede 30,64, Zimmerer 29,60, Zigarrensortierer 28,72, Schiffszimmerer 25,68, Maurer 24,88, Steinarbeiter 24,72, Stukkateure 22,72, Steinsetzer 20,89, Handschuhmacher 20,26, Lagerhalter 19,54, Bergarbeiter 18,16, Holzarbeiter 18,14, Bildhauer 18,07, Kürschner 17,84, Sattler 16,74, Maler 15,97, Metallarbeiter 15,78, Porzellandreher 14,66, Buchdruckereihilfsarbeiter 14,53, Tapezierer 14,37, Photographen 14,33, Brauereiarbeiter 14,30, Asphalteure 14,17, Mühlenarbeiter 13,84, Hoteldiener 13,21, Schuhmacher 12,99, Bauhilfsarbeiter 12,48, Buchbinder 12,03, Böttcher 10,57, Zivilmusiker 10,54, Gastwirtsgehilfen 10,52, Schirmmacher 10,18, Gemeindearbeiter 9,79, Glaser 9,79, Fabrikarbeiter 9,77, Lederarbeiter 8,51, Bäcker und Konditoren 8,33, Blumenarbeiter 8,33, Schmiede 8,10, Dachdecker 7,94, Maschinisten 7,90, Bureauangestellten 7,84, Glasarbeiter 6,66, Transportarbeiter 6,55, Töpfer 6,50, Barbiere 4,88, Textilarbeiter 4,87, Hafenarbeiter 4,52, Tabakarbeiter 3,98, Gärtner 3,85, Seeleute 3,81, Fleischer 2,44, Schneider 2,21, Handlungsgehilfen 1,86 Mk.

Internationale Beziehungen wurden im Jahre 1907 von 40 Verbänden gepflegt. Zu den früher gepflegten Verbindungen kamen hinzu die Bäcker, Fabrikarbeiter, Portefeuiller, Schiffszimmerer und Schuhmacher.

Über die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen sagt der Bericht:

Der Stand der Lokalorganisationen wird im Berichtsjahre von den Verbandsvorständen auf 20461 Mitglieder angegeben. Hierbei sei festgestellt, daß unter solchen Lokalorganisationen weder Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, christliche Gewerkschaften oder katholische Fachabteilungen, noch etwa gelbe Organisationen verstanden werden sollen, sondern lokale Fachvereine, die auf gewerkschaftlichem Boden stehen, einschließlich der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Die letztere gibt nach ihrem dem achten Kongreß (1908) vorgelegten Geschäftsberichte für den 30. September 1907: 17633 Mitglieder an. An Einnahmen verzeichnet die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1907 611997 Mk. Die Ausgaben betrugen 650243 Mk. Der Kassenbestand ging von 288133 Mk. (Ende 1906) auf 195444 Mk. zurück. Für Streiks und Aussperrungen wurden 391629 Mk. verausgabt.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben, wie bereits erwähnt, im Jahre 1907 einen erheblichen Rückgang erlitten, der um so schwerer wiegt, als er gerade ihre festgefügtesten Gewerkvereine am schlimmsten betraf. Diese Gruppe zählte 1906 118508, 1907 nur noch 108889 Mitglieder. Der Rückgang beträgt also 9619; er trifft in erster Linie den Gewerkverein der Maschinenbauer, dessen Mitgliederzahl sich um 7499 verminderte. Ferner nahmen ab die Fabrik- und Handarbeiter um 1287, die Holzarbeiter um 1189, die Lederarbeiter um 46, Textilarbeiter um 192, die Bauhandwerker um 206, graphische Berufe und Maler um 313 usw. Die Gesamteinnahmen der Gewerkvereine betrugen 1541359 Mk., die Gesamtausgaben 1434555 Mk.; das Gewerkvereinsvermögen betrug 1416555 Mk. Außerdem verfügten die Hilfskassen der Gewerkvereine über ein Vermögen von 2552394 Mk.

Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl von 247116 (1906) auf 274323 erhöht. Neu hinzugekommen ist ein Verband der Telegraphenarbeiter mit 1861 Mitgliedern. Am Jahresschlusse betrug die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften 284649. An Jahreseinnahmen verzeichnet die christliche Statistik 4311495 Mk., an Jahresausgaben 3193978 Mk. und an Vermögensbeständen 3487735 Mk. Von den Jahresausgaben entfallen auf die Verbandsorgane 361711 Mk., auf Agitation 355115 Mk., auf Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 743270 Mk., auf Krankenunterstützung 443035 Mk., auf Reise- und Arbeitslosenunterstützung 51743 Mk., auf Sterbegeld 99284 Mk., auf Rechtsschutz 81442 Mk., auf sonstige Unterstützungen 32974 Mk., auf Bildungszwecke 25618 Mk., auf Gehälter 96545 Mk. und auf andre Verwaltungsausgaben 143591 Mk. Charakteristisch ist die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zu Kampforganisationen, die sich aus folgender Übersicht über die Streikausgaben ergibt. Für Streiks und Gemaßregelte verausgabten die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1900: 49820 Mk., 1903: 155030 Mk., 1905: 1000320 Mk. und 1907: 743270 Mk. Insgesamt haben die christlichen Gewerkschaften für Kampfeszwecke in den acht Jahren bereits 2683359 Mk. verausgaben müssen.

Neben den christlichen Gewerkschaften, die im Gesamtverband ihre Zentrale besitzen, bestehen noch sechs unabhängige Organisationen, die angeblich auf christlichem Boden stehen sollen. Die christliche Statistik verzeichnet diese Verbände noch immer als eine Art Rekrutierungsgebiet für christliche Gewerkschaften. Die sechs Organisationen haben zusammen 80347 Mitglieder, und verzeichnen fünf von ihnen an Einnahmen 204923 Mk., an Ausgaben 163360 Mk. und an Vermögen 271649 Mk.

Endlich gibt es noch eine Reihe unabhängiger Organisationen gewerkschaftlichen Charakters, die eines innern Zusammenhanges entbehren. Es sind dies teils Verbände moderner Gewerkschaftsrichtung, teils neutrale und teils klassenkampffeindliche Organisationen. Da die wenigsten von ihnen eine eigne Statistik veröffentlichen, so sind die Angaben darüber, die auf Schätzungen der Verbandsvorstände beruhen, sehr schwankend und für zuverlässige Vergleiche nicht verwendbar. Die Zahl ihrer Mitglieder erscheint in diesem Jahr etwas höher (1906: 72044, 1907: 96684); es beruht dies im wesentlichen auf genaueren Angaben, die der Bergarbeiterverband über die polnischen und sonstigen Vereine erlangen konnte.

Geben wir danach ein Gesamtbild der deutschen Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1907, so umfaßt dieselbe in den sechs Organisationsgruppen 2446480 Mitglieder (1906: 2213654; 1905: 1819930) und weist seit dem Vorjahr eine Zunahme von 232826 auf. Von letzterer entfallen auf die Zentralverbände 175797, auf die Lokalvereine 7496, auf die christlichen Gewerkschaften 27207, auf die unabhängig christlichen Organisationen 7305 und auf die unabhängigen Vereine 24640, während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 9619 Abnahme verzeichnen. Die gesamten Jahreseinnahmen aller Gruppen betragen 57454561 Mk., die gesamten Ausgaben 47914202 Mk. und die gesamten Vermögensbestände 40970878 Mk. Von allen Mitgliedern entfielen 76,3 Proz. (1906: 76,3 Proz.) auf die Zentralverbände, 11,2 Proz. (11,2 Proz.) auf die christlichen Gewerkschaften, 4,5 Proz. (5,3 Proz.) auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und 8 Proz. (7,2 Proz.) auf die übrigen Gruppen. Von den Einnahmen kommen 89,5 Proz., von den Ausgaben 90 Proz. und von den Vermögensbeständen 81,1 Proz. auf die Zentralverbände. Es zahlten im Jahre 1907 für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung: die Zentralverbände für 1826172 Mitglieder 7396725 Mk. (pro Mitglied 4,05 Mk.), die christlichen Gewerkschaften für 201706 Mitglieder 51743 Mark (pro Mitglied 0,26 Mk.). Für Unterstützung und Rechtsschutz überhaupt verausgabten unsre Verbände 1907 pro Mitglied 6,97 Mk., die christlichen Gewerkschaften nur 2,55 Mk.; und für Streiks und Gemaßregelte entfallen auf die modernen Gewerkschaften pro Kopf 7,62 Mk., auf die Christlichen nur 2,71 Mk.

So bietet trotz des wirtschaftlichen Niedergangs das Jahr 1907 wiederum den Beweis dafür, daß dem unaufhaltsamen Vormärtsschreiten — innerlich wie äußerlich — der modernen Gewerkschaften kein Damm mehr entgegengesetzt werden kann: Die Gewerkschaften reifen ihren höheren Aufgaben entgegen, und schließlich wird doch die deutsche Arbeiterklasse eins werden in seinen wirtschaftlichen Organisationen, denn Theorien kommen, Theorien gehen, Gewerkvereine aber bleiben bestehen!

Vom „Bundesvater" Herrmann.

In Nr. 104 des „Korr." hatten wir eine Erwiderung des Herrn Herrmann in Gumbinnen gebracht und uns die Freiheit genommen, daran einige passende Bemerkungen zu knüpfen. Daraufhin erhalten wir von dem Mitbegründer des Gutenbergbundes folgenden Schreibebrief (der inzwischen auch im „Typograph" veröffentlicht ist):

Gumbinnen, 8. September. Der „Korr." meint in seiner Nr. 104, daß ich offene Türen einrenne, indem ich mich um die Frage herumdrücke, zu welchem Tausendpreise vor dem 1. April bei Krausenecк berechnet wurde. Das kann ich nicht finden, denn mir bzw. der von mir geleiteten Firma ist in dem „Korr." vom 21. Mai, 30. Juli d. J. und noch später vorgeworfen worden, daß hier noch zu 35 Pf. pro Tausend berechnet wird. Dem bin ich mit der klipp und klaren Antwort entgegengetreten, daß hier seit 1. April überhaupt nicht mehr berechnet wird, sondern tariflicher Wochenlohn eingeführt ist. Ich bin der Behauptung, daß früher hier nichttariflich bezahlt worden ist, auch nie entgegengetreten, habe im Gegenteil in Allenstein vor anderthalb Jahren sogar zugegeben, daß hier mit 35 Pf. berechnet wurde und daß die Behauptungen meiner dort anwesenden Setzer, sie verdienten in zehnstündiger Arbeitszeit 30—35 Mk., richtig sind. Ich leugne auch gar nicht, daß so lange der Verband hier ausschließlich beschäftigt war, hier die traurigsten Löhne gezahlt wurden und von einem Tarife gar keine Rede sein konnte. Als ich 1896 hier eintrat, wurde zu 29 Pf. berechnet (Tarif war 36 Pf.) und sämtliches Personal weit unter Tarif entlohnt, von Einhaltung der Lehrlingsskala war keine Ahnung. Da ich keine Änderung zu schaffen vermochte — außer wesentlichen Verbesserungen des gewissen Geldes und Einschränkung der Lehrlingszahl — wurde mein unfreiwilliger Aufenthalt in der Königsberger Augenklinik benutzt, um einen Streik zu inszenieren, der an der Hartnäckigkeit des Chefs und dem Umfallen der Verbändler scheiterte, so daß nichts erreicht wurde. Bald nach meiner Rückkehr gelang es mir, den Tausendpreis auf 32 Pf. und später auf 35 Pf. heraufgesetzt zu erhalten. Zu diesem Preise wurde, wie schon zugegeben, bis Ende dieses Jahres berechnet. Diese Tatsachen habe ich alle nie geleugnet, denn ich selbst bin gegen diese Umstände ohnmächtig. Oder verlangt etwa der „Korr." und der Verband, daß ich aus meiner Tasche zulegen soll, was der Inhaber der Firma nicht gibt? Wenn hämisch bemerkt wird, daß ich zwölf Jahre an der Tarifanerkennung gearbeitet habe, so weiß ich mich zu trösten damit, daß 20 und mehr Jahre der Verband hier gearbeitet und nicht einen Pfennig erreicht hat, während in meiner Wirksamkeit die Verhältnisse um mindestens 50 Proz. sich gebessert haben, ohne daß es zum Biegen oder Brechen gekommen ist. Was hat das aber alles mit der Gegenwart zu tun? Fehlt es dem Verband an Material gegen den Gutenbergbund? Mit solchem veralteten Kram blamiert sich doch nur! Auf eine Anerkennung des „Korr." reflektiere ich nicht, wenngleich man auch dem Gegner die Achtung nicht versagen soll — aber wenn man sich ein Angriffsobjekt sucht, dann muß man auch gerecht bleiben und sich nicht hinter allerhand Verdächtigungen verkriechen. Ich tröste mich mit der unumstößlichen Tatsache, ein wesentliches Teil dazu beigetragen zu haben, daß der Verband durch die Gründung des Gutenbergbundes in andere Bahnen gelenkt worden ist, als sie vor 1906 existierten und daß diese für richtig erkannt wurden.

R. Herrmann.

An Stelle Herrmanns hätten wir geschwiegen. Aber bescheiden wie Herr Herrmann nun einmal ist, rühmt er sich des Verdienstes, für eine Besserung der Verhältnisse in Gumbinnen gesorgt zu haben. Dabei macht er die blutigsten Witze, z. B. daß früher, als noch Verbändler in Gumbinnen beschäftigt waren, dort die traurigsten Verhältnisse geherrscht hätten. Es hat bis jetzt noch niemand bestritten, daß nach 1891 und bis 1896 die tariflichen Verhältnisse im allgemeinen traurige waren, es ist also möglich, daß es auch in Gumbinnen nicht zum besten stand. Das lag aber zum größten Teil an jenen „Kollegen", die andauernd den um bessere Verhältnisse kämpfenden Verbändlern in den Rücken fielen. Und gerade der Herr Herrmann sollte sich hüten, den Verbändlern Vorwürfe zu machen, denn ein Mann, der ausspricht: „So lange mir Gott das Leben schenkt, werde ich die Interessen meines Prinzipals vertreten", oder: „In meiner Stellung als Faktor kann ich nicht immer ein warmes Herz für Gehilfeninteressen haben", und der gleichzeitig Arbeiterführer sein will, wie es der Faktor Herrmann seinerzeit als „Typograph"-Redakteur war, ist nicht qualifiziert, über die „traurigen Löhne" von Verbändlern Krokodilstränen zu vergießen. Wenn es wahr sein soll, daß die Verbändler in Gumbinnen zu 29 Pf. berechnet haben, so hätten sie nach dem Ausspruche Herrmanns auf der Bundesgeneralversammlung in Berlin (1902; Seite 3 des Protokolls) gehandelt: „Ich erkläre die für unsinnig, die sich an das streng Tarifmäßige halten und ihre Lebensstellung deswegen aufgeben". Dieser Mann beansprucht nun für sich, er habe für tarifliche Verhältnisse in Gumbinnen gesorgt! Und mit ihm seine Bündler, die der Herr Faktor seit 1896 bei Krauseneck um sich zu scharen wußte. Was hätten aber nun die Verbändler bei dieser Firma, von denen Herr Herrmann behauptet, sie hätten zu traurigen Löhnen gearbeitet, tun sollen, um tarifliche Verhältnisse zu erlangen? Sie mußten — wir bitten um Verzeihung wegen des anrüchigen Wortes! — eben streiken. Und heute noch kann es der Bundes- und Arbeiterführer Herrmann den Verbändlern nicht vergessen, daß sie seine Abwesenheit benutzten, „um einen Streik zu inszenieren"! Als nun dieser Streik ins Wasser gefallen und der Gutenbergbund bei Krauseneck seinen Einzug hielt, „gelang es mir", den Tausendpreis auf 32 Pf. „heraufgesetzt zu erhalten". Nein, nicht Herrn Herrmann gelang das, sondern diese „Heraufsetzung" war die Wirkung des Streiks der Verbändler. Wer sich — immer als Arbeiterführer — darüber aufhält, daß, nachdem alle anderen Mittel erschöpft, Gehilfen in den Streik treten, die nach dem Eingeständnisse Herrmanns bisher zu „traurigen Löhnen" gearbeitet haben sollen, der ist nicht befähigt, für die Gehilfen den Lohn „heraufgesetzt zu erhalten". Übrigens klassisch schön gesagt. Herr Herrmann mag sich doch daran erinnern, wie er bei einem Ausstande seiner Kollegen in der Hofbuchdruckerei von Schenk in Berlin diesen erklärte: „Was geht mich der Tarif an, ich zahle was ich will!" Damals wurde von den Bündlern Herrmann als „Prinzipalsagent" bezeichnet, und er schickte auch bei jenem Streik andre Gehilfen zu Schenk, fiel also seinen eignen Bundesbrüdern in den Rücken. Wenn Herrmann jene Zeit heraufbeschwört und dann wieder uns zum Vorwurfe macht, daß wir „mit solch veralteten Kram" operieren, so scheint ihm außer seiner „Tariftreue" auch die Logik abhanden gekommen zu sein. Übrigens, verehrter Herr Gründer von „feinen Ortsvereinen", wie steht es denn mit der von Ihnen bombastisch verkündeten Tarifanerkennung bei Krauseneck in Gumbinnen? Sie sagen, das von Ihnen geleitete Geschäft habe am 1. August 1908 den Tarif anerkannt. Bis heute, 12. September, hat das Tarifamt diese Anerkennung nicht veröffentlicht. Es muß also die bündlerische „Tariftreue" in Gumbinnen einen Haken haben. Vielleicht klärt uns Herr Herrmann darüber auf. Die Perle der ganzen Herrmannschen Erwiderung ist aber der Schlußsatz: „Ich tröste mich mit der unumstößlichen Tatsache, ein wesentliches Teil dazu beigetragen zu haben, daß der Verband durch die Gründung des Gutenbergbundes in andre Bahnen gelenkt worden ist, als sie vor 1896 existierten, und daß diese für richtig erkannt wurden." Als ob die paar Bündler, die in einer Berliner Bündlerversammlung am 26. August 1894 aufgefordert werden mußten, „nicht zu allen Schundlöhnen sich anzubieten", im Frühjahre 1896 hätten einen Einfluß auf die Verbandstaktik ausüben können! Damals war es gerade der Herr Herrmann, der am 5. August 1894 in einer Versammlung seiner Kollegen erklärte, er habe es jetzt satt, er sehe gar nicht ein, warum er sich für eine Sache aufopfern solle, von der er sich nichts mehr verspreche. Und diese selbe Gesellschaft hat den Verband „in andre Bahnen gelenkt"! Wenn das nicht Gehirnverfandung ist, was sonst? Außerdem hatte der Bündlertag in Erfurt unter Punkt 6 seiner Beschlüsse erklärt: „Die Tarifgemeinschaft ist Privatsache für jedes Mitglied des Gutenbergbundes." Noch 1897, als die Streikbrechereien des Gutenbergbundes bei der Tarifeinführung ohne das erhoffte Resultat

blieben, schrieb der „Typograph“ unmutig: „Der Bund hängt nicht von der Tarifgemeinschaft ab und wird diese überleben.“ Und jetzt kommt Herrmann und beansprucht für den Bund und sich die Priorität für die Tarifgemeinschaft und für die neuen Bahnen des Verbandes! Wie überall, wo Bündler stehen, haben sie die allmähliche Einführung des Tarifs nicht ihrer Arbeit zu verdanken, sondern der sozialen und tariflichen Entwicklung im Gewerbe, wozu die paar Bündler in Lehrlingsdruckereien usw. so gut wie gar nichts beitragen konnten. Die Herren haben nirgends gesät, sondern die Saat niederzutreten versucht. Nicht an ihrem guten Willen, sondern an ihrem mangelnden Können liegt es, daß es ihnen nicht gelingt, tarifanarchistische Verhältnisse im Gewerbe herbeizuführen. Und weil nun der Verband die heutigen kulturellen Positionen im Gewerbe mit der organisierten Prinzipalität geschaffen, kommt der arme Schächer von Gumbinnen und krächzt: Was wärt ihr alle ohne mich, den Bundesvater! „Geh' du nur wieder hin, wo du gewesen hast und binde deinen Gaul an einen dürren Ast!“

Die Vertretung durch Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte vor den Gewerbegerichten.

Wenngleich das Thema, das in dem nachstehenden Aufsatze behandelt werden soll, vielleicht nicht für alle Leser von gleichem Interesse ist, weil die Entscheidungen von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Gehilfen zum größten Teile durch die Institution unsrer Tarifschiedsgerichte erledigt werden, so stehen wir doch nicht so abseits von den Verhältnissen der übrigen Arbeiterschaft, als daß sie uns nicht interessieren könnten. Dies sowohl als auch die Tatsache, daß der „Korr.“ unter „Rundschau“ mehrfach auf die in Rede stehende Frage hingewiesen hat, mag es als berechtigten Anlaß erscheinen lassen, für diese Arbeit einiges Interesse zu erwecken.

Der Umstand, daß vor kurzem das Gewerbegericht in Kassel trotz der Einrede der andern Partei in einem Prozeß einen Gewerkschaftsbeamten als Prozeßbevollmächtigten zugelassen und die Zulassung in der betreffenden Sache ausführlich begründet hat, läßt die Frage der Vertretung der vor das Gewerbegericht Geladenen aufs neue hervortreten. Es ist in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter allgemein bekannt, daß auch der Gewerkschaftskongreß in Hamburg zu dieser Frage Stellung genommen und sich nach einem Referate des Gewerkschaftssekretärs Leiche in einer Entschließung dahingehend ausgesprochen hat, daß, unbeschadet der Vorschrift des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, die Gewerkschaftsbeamten im weiteren Sinn als Prozeßbevollmächtigte und Vertreter der vor das Gewerbegericht geladenen Arbeiter anerkannt werden müßten.

Der Umstand, daß es sich bei diesem Beratungsgegenstand auf dem Gewerkschaftskongreß ganz besonders auch um die Frage der Vertretung der Arbeiter vor den Unfallschiedsgerichten usw. handelte, bewirkte es, daß, wie es dem Verfasser schien, die Frage der Vertretung der Arbeiter durch Gewerkschaftsbeamte vor den Gewerbegerichten leider nicht so eingehend behandelt werden konnte, wie es im Interesse dieser sehr wichtigen Sache notwendig gewesen wäre.

Es ist oft darüber berichtet worden, daß, vielleicht in der Mehrzahl der Fälle, die Gewerbegerichte in dieser Frage einen andern Standpunkt eingenommen haben, als in einem bestimmten Falle das Gewerbegericht in Kassel. Sie stützten sich hierbei auf den schon genannten § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, der da vorschreibt, daß Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegerichte nicht zugelassen werden sollen. Die Zweckmäßigkeit dieser Vorschrift steht außer allem Zweifel. Es war schon kurz vor der Zeit der Errichtung der früheren, hier und da auf Grund landesrechtlicher Normen in Kraft gewesenen gewerblichen Schiedsgerichte, also bei den Vorgängern der heutigen Gewerbegerichte, eine der ersten Forderungen der Arbeiter, die Rechtsgelehrten von der Vertretung vor Gericht auszuschließen, weil man von ihrer Zulassung für die Arbeiter in mehr als in einer Beziehung Nachteile befürchtete. Das gilt auch noch für heute. Wenngleich es heutzutage, namentlich in den größeren Städten, Juristen und Rechtsanwälte gibt, die sozialpolitisch den Arbeitern nahe stehen, die das Recht des Arbeitsvertrags und die Interessen der Arbeiter kennen und darum recht wohl zur Prozeßführung geeignet sind, so treffen diese für das Interesse der Arbeiter notwendigen Voraussetzungen und Bedingungen doch nicht immer und überall zu. Es gibt unter den Rechtsanwälten viele, vielleicht sind es die meisten, die mit dem Arbeitsrechte, den Arbeiterverhältnissen und den Anschauungen der Arbeiter nicht vertraut sind. Weil man nun mit der Bestimmung des § 31 der Entwicklung des Arbeiterrechts förderlich sein wollte und dies bis zu einem gewissen Grad auch erreicht hat, so ist, wie gesagt, gegen die Zweckmäßigkeit des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes nichts einzuwenden. Eine allzu enge Auslegung dieser Vorschrift rechtfertigt sich jedoch heute nicht mehr. Die Verhältnisse haben sich im Laufe der Zeit, seit der Errichtung der Gewerbegerichte, sehr geändert. Die Gewerkschaftsbewegung ist umfangreicher geworden. Es fehlt den Arbeitern heute nicht mehr an rechtskundigen Beratern, die, was die Kenntnis des positiven Rechts anbelangt, außer auf anderen Gebieten des Arbeiterrechts auch in Beziehung auf die Vorschriften des Titels VII der Gewerbeordnung und der sonst noch für das Arbeitsrecht in Betracht kommenden Gesetze, auch nach der formalen Seite, wohl manchem Juristen mindestens ebenbürtig sind. Wenn es nun irgend einen Umstand gibt, dem Arbeitsrechte Raum zur Entwicklung zu geben, wo fänden wir für ihn wohl besser die Bedingungen, als gerade in der Zulassung von Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretären als Prozeßbevollmächtigte. Durch ihre nicht nur vom Standpunkte der Arbeiter, sondern auch im Interesse einer allmählichen Anbahnung eines von modernen sozialpolitischen Anschauungen getragenen Rechts, eines neuen Rechts, erwünschte Tätigkeit und Prozeßführung mag wohl öfter die Vermutung erweckt worden sein, als ob dies vor den Gewerbegerichten zur ungleichen Verteilung von Licht und Schatten führe und zuungunsten der vor Gericht erscheinenden Arbeitgeber ausschlüge. Es müßte aber ein im Arbeitsrecht unerfahrener Gerichtsvorsitzender sein, der sich in seinem Bestreben, das Recht zu finden, durch eine mehr oder weniger große Gewandtheit eines Gewerkschaftsbeamten oder Arbeitersekretärs auch nur irgendwie beeinflussen ließe, und von seinen Beisitzern muß man dasselbe erwarten.

Betrachten wir nun einmal die Sache vom praktischen Gesichtspunkte. Die Erfahrung, die sich die Vorsitzenden und die Beisitzer der Gewerbegerichte durch langjährige Tätigkeit erworben haben, lehrt es, daß die Zulassung von Gewerkschaftsangestellten als Prozeßbevollmächtigte vor Gericht im allgemeinen durchaus im Interesse einer schnellern Erledigung der Sache liegt. Es ist hinsichtlich des glatten oder schwierigen Verhandelns beim Prozesse, namentlich bei verwickelten Tat- und Rechtsfragen, durchaus von großem Unterschied, ob ein in allen Sachen bewanderter Vertreter vor Gericht erscheint oder jemand, der aus einem in seiner Person liegenden Grunde kaum fähig ist, seine Sache zu führen, wenngleich es auch für die Entscheidung des Gerichts belanglos ist. Bei Sachen, die ihrer Natur nach zum Vergleiche führen könnten, es sind ihrer viele, ist es zwar erwünscht oder notwendig, daß die Partei anstatt eines Prozeßvertreters selbst erscheint, oder, wenn dies nicht möglich ist, sie ihrem Vertreter entweder freie Hand lasse oder die Grenze angebe, bis zu der bei einem Vergleiche gegangen werden soll, damit er es nicht nötig hat, sich das zeitliche Rücktrittsrechts vom Vergleiche vorzubehalten. Wo das nicht geschieht, kann die Prozeßvertretung vielleicht vom Übel sein.

Zur Notwendigkeit wird aber sehr oft die Vertretung der Arbeiter durch Gewerkschaftsbeamte bei ihrer Abwesenheit vom Orte, bei Krankheit oder aus anderen Gründen, die den Arbeiter daran hindern, den Gerichtstermin wahrzunehmen. Es ist z. B. für einen am Orte fremden Arbeiter oft sehr schwer, außer einem Gewerkschaftsbeamten oder Arbeitersekretär einen geeigneten Vertreter zu finden, weil viele es nicht gern tun und viele auch nicht dazu in der Lage sind. In solchen Fällen kann dem Arbeiter nicht damit gedient sein, daß nach dem Kommissionsberichte zu § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes Angehörige (auch die Ehefrau), Berufsgenossen oder Freunde, soweit sie die Vertretung nicht geschäftsmäßig betreiben, seine Prozeßbevollmächtigten werden können. Vom Orte Abwesende können sich allerdings wegen Bestellung eines Prozeßvertreters an das zuständige Gewerbegericht wenden. Dieses fragt alsdann bei einem Gerichtsschreiber oder Beisitzer wegen der Übernahme der Vertretung an. Wenn einem solchen Gesuch auch gern entsprochen wird, so ist dieser Weg nicht immer beliebt.

Aus allen diesen Gründen sollte man sich nicht auf den Standpunkt einer allzu engen Auslegung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes stellen. Es entspräche dies auch nicht den sozialen Aufgaben des praktischen Lebens und auch wohl kaum dem Willen des Gesetzgebers. Dieser wollte wohl nur solche Personen als Prozeßvertreter vor dem Gewerbegericht ausgeschlossen wissen, die selbständig und in ihrem eignen Interesse die Vertretung übernehmen, wie es die Rechtsanwälte tun. Dies trifft aber, wie bekannt, auf die Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre nicht zu.

Bei der Begründung der Zurückweisung eines Prozeßvertreters legte, wie es schien, ein Gewerbegericht einen besonderen Nachdruck auf das Wort „geschäftsmäßig“ im § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, indem es ausführte, daß, obwohl der Beamte der Gewerkschaft (in diesem Fall übrigens ein Vorstandsmitglied, das in verhältnismäßig kurzer Zeit mehrere Male die Prozeßvertretung für Mitarbeiter übernommen hatte) kostenlos die Prozeßführung vor dem Gewerbegericht übernehme, so geschehe sie doch insofern geschäftsmäßig, als es eben zu den Geschäften des Gewerkschaftsbeamten gehöre, die Arbeiter vor Gericht zu vertreten. Diese Auffassung ist aber nicht zutreffend. Eine Verpflichtung zur Prozeßführung der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre für andre besteht keineswegs. Sie wird nur geübt, wo es aus besonderen Gründen notwendig ist.

Das Verlangen, das unter Umständen die Arbeiter tragen, durch Angestellte ihrer Organisation vor Gericht vertreten zu werden, muß man natürlich auch bei den Arbeitgebern durch die Angestellten ihrer wirtschaftlichen Vereinigungen als berechtigt anerkennen. Wenn auch die Besitzer großer Geschäfte oder Unternehmungen zuweilen rechtskundige Angestellte haben, durch die sie sich vor Gericht vertreten lassen können, so haben sie doch in ihren Organisationen, in den Arbeitgeberverbänden, den Innungen usw., rechts- und sachkundige, mit den Arbeits- und Arbeiterverhältnissen erfahrene Beamte, die sich, ebenso wie die Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, zur Prozeßführung eignen und zugelassen werden sollen, sobald sich die Notwendigkeit hierzu erweist.

Aus gleichen oder ähnlichen Erwägungen wie die vorstehenden etwa zu schließen, daß unter solchen Umständen ausnahmsweise die Anwälte als Prozeßvertreter vor den Gewerbegerichten und Kaufmannsgerichten zugelassen werden müßten, wie es Herr Stadtrat Dr. Flesch in Frankfurt a. M. in einem Aufsatze des „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ (siehe Nr. 10, Jahrg. 1907) unternimmt, wäre wohl verfehlt. Was daraus entnommen werden kann, ist die Aufrechterhaltung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes bei einer nicht so engen Auslegung dieser Vorschrift.

Hamburg. W. Schramm.

Korrespondenzen.

D. **Beuthen** (O.-S.). (Maschinensetzer.) Am 6. September hielt die Oberschlesische Maschinensetzervereinigung eine Wanderversammlung in Königshütte ab, an welcher sich 22 Mitglieder beteiligten. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Vorsitzenden Hadrian (Beuthen) gab der Kassierer Schwarz (Beuthen) den Kassenbericht, nach welchem sich die Einnahme auf 101,05 Mark, die Ausgaben auf 79,25 Mk. und der Bestand auf 21,80 Mk. bezifferten. Der Vorsitzende nahm hierauf Veranlassung, seine Genugtuung darüber auszusprechen, daß die unliebsamen Vorkommnisse zwischen der Zentralkommission der Maschinensetzer und dem Verbandsvorstande beseitigt und die Mitglieder der Zentralkommission ihre Ämter wieder angenommen haben. Die Versammlung drückte ferner ihre Befriedigung darüber aus, daß es den beiden Vorsitzenden des Brandenburgischen Maschinensetzervereins gelungen ist, eine Verständigung zwischen Zentralkommission und Verbandsvorstand herbeizuführen. Im weitern Verlaufe der Versammlung wurde ein Fall erwähnt, wonach ein Schweizer Kollege, der in Oberschlesien Aussicht auf Kondition hatte, sich um Auskunft über die betreffende Druckerei nach Breslau wandte und von dort wurde erst bei dem Vertrauensmanne des betreffenden Orts angefragt, wie die Verhältnisse liegen. Es nimmt dieser umständliche Modus recht viel Zeit in Anspruch und kann unter Umständen die Kondition für die betreffenden Kollegen in Frage kommen. Der Punkt „Technisches“ zeitigte eine rege Aussprache seitens der Kollegen aller Systeme. U. a. führte der Vorsitzende eine neue Bürste zum Reinigen des Magazins an der Linotype vor und empfahl dieselbe zum praktischen Gebrauch. Eine nähere Erläuterung will Kollege Hadrian in einer der nächsten Nummern der „Technischen Mitteilungen“ geben. Auch der Technischen Kommission wurde Erwähnung getan, welche aber bisher von den Mitgliedern fast gar nicht in Anspruch genommen wurde. Es wird ersucht, sich in Zukunft mit technischen Fragen an dieselbe zu wenden. Hierauf schloß der Vorsitzende die interessant und anregend verlaufene Versammlung.

Brandenburg a. H. Am 19. September feiert der Maschinenmeister Karl Winkelmann sein 40jähriges Verbandsjubiläum. Unser Ortsverein veranstaltet am Abend dieses Tages zu Ehren des Jubilars einen Kommers im Restaurant „Blauer Himmel“, Kurstraße.

F. **Frankfurt** a. M. Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 4. September seine halbjährliche Generalversammlung ab. Nachdem der geschäftliche Teil seine Erledigung gefunden, erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Demselben ist zu entnehmen, daß der Kassenabschluß trotz der hohen Ausgaben, welche durch die Tarifbewegung sowie bei arbeitslosen Kollegen entstanden sind, als ein sehr erfreulicher zu bezeichnen ist. Der Bestand der Kasse beträgt 6472 Mk., die Mitgliederzahl 330. Auf Antrag der Revisoren, welche Bücher und Kasse in bester Ordnung befunden haben, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf wurde der Bericht von der 15. Generalversammlung des Gaues Frankfurt-Hessen gegeben, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Über die Einführung der Tarifvereinbarungen ist noch nachträglich zu berichten, daß dieselbe allgemein gut vonstatten ging, jedoch läßt die Auslegung des Passus „Reparaturen betreffend“ seitens einzelner Geschäftsleiter zu wünschen übrig. Die Firma Brötz & Glock, welche der Prinzipalsvereinigung nicht angehört, hat ebenfalls die neuen Tarifvereinbarungen anerkannt und zur Einführung gebracht.

Homburg v. d. Höhe. Am 6. September sollte in unserm Vereinslokale „Zur Aula“ eine Mitgliederversammlung stattfinden, in der unser Gautagsdelegierter Meyer über die Verhandlungen des Gautags berichten sollte. Leider hatte sich der Vorstand aber in seinen Mitgliedern geirrt. Fanden sich doch nur außer vier Vorstandsmitgliedern drei Mitglieder, also insgesamt sieben Kollegen, zur Teilnahme ein. Gewiß ein trauriges Zeichen von Interesselosigkeit, das unbedingt hiermit öffentlich gebrandmarkt werden muß. Der Ortsverein besitzt sogar Mitglieder, die seit Bestehen des Vereins auch noch nicht in einer einzigen Versammlung oder nur einmal anwesend waren. Schließlich sah man sich genötigt, die Versammlung zu verschieben, und zwar auf den 26. September.

-z. **Kassel.** Die hiesige Maschinensetzervereinigung hielt am 6. September eine Versammlung ab, in der die nunmehrige Beilegung der Differenzen zwischen Verbandsvorstand und Zentralkommission erörtert wurde. Die Versammlung gab ihrer Freude Ausdruck, daß nun endlich diese unerquicklichen Streitigkeiten

begraben sind und daß die Mitglieder der Zentralkommission ihre Ämter wieder übernommen haben. Der Vorsitzende richtete sodann einen Appell an die Mitglieder, die Ortsvereinsversammlungen zahlreicher zu besuchen, als dies bisher der Fall sei, um die hier leider uns gegenüber herrschende Antipathie der Handsetzerkollegen zu bekämpfen. Diese Antipathie wurde erst kürzlich wieder illustriert dadurch, daß ein Antrag zum Gautage, von einem unsrer Spartenkollegen gestellt, in der Ortsvereinsversammlung abgelehnt wurde, während genau derselbe Antrag, als ihn ein Handsetzerkollege in einer spätern Versammlung stellte, angenommen wurde, ohne daß schwerwiegendere Gründe ins Feld geführt worden wären. Weiter wurde beschlossen, unsern projektierten Herbstausflug fallen zu lassen und uns an demjenigen der hiesigen Typographia zu beteiligen, um den übrigen Kollegen zu beweisen, daß wir nicht die Absicht haben, uns irgendwie abzusondern.

Mannheim. Der Mittelrheinische Korrektorenverein veranstaltete zwecks Gewinnung neuer Mitglieder drei Korrektorenversammlungen, und zwar je eine in Darmstadt, Mannheim und Mainz. In allen drei Versammlungen hatte der zweite Vorsitzende des Vereins Berliner Korrektoren und das Mitglied der Zentralkommission, Kollege Robert Schadebach, das Referat übernommen. Kurz und verständlich schilderte Schadebach den Werdegang der Korrektorensparte und ging zum Schluß auf das Tätigkeitsgebiet und die Endziele der Korrektorensparte ein. Für seine uneigennützige Mühe sei dem lieben Ferienagitator auch hier der Dank dargebracht. Auf die einzelnen Versammlungen eingehend, sei berichtet, daß die Versammlung am 1. September in Darmstadt von den Korrektoren gut besucht war. Der Bezirksvorstand sowie Vertreter der übrigen Sparten waren anwesend, ebenso war der Vorsitzende des Mittelrheinischen Korrektorenvereins, Kollege Straube (Mannheim), zur Begrüßung Schadebachs nach Darmstadt gekommen. Gleichzeitig überbrachte Kollege Straube die Grüße des Vorstandes des Gaues Mittelrhein. Stand diese Versammlung unter einem guten Zeichen, so war die Versammlung am 2. September in Mannheim von einem Unglückssterne begleitet. Von zehn Korrektoren waren nur fünf erschienen sowie ein Nichtspartenmitglied. Ferner war anwesend der Gauvorsteher Fuhs, vom Bezirksvorstande der erste und zweite Vorsitzende, die Kollegen Laufer und Preiß, ein Vertreter von der Stereotypeur- und verschiedene Kollegen von der Maschinensetzersparte. Auch diese Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Hatten wir auf die Versammlung in Mainz wenig Hoffnung gesetzt, so sind wir durch den Verlauf und das Ergebnis freudig enttäuscht worden. Vier Korrektoren waren erschienen außer den Vertretern der übrigen Sparten und dem Bezirksvorstand und alle vier erklärten ihren Beitritt zum Mittelrheinischen Korrektorenvereine. Dieser Erfolg ist vor allem dem Bezirksvorsitzenden Conradi (Mainz) zu danken, der sich die Mühe nahm und persönlich alle Korrektoren zur Versammlung einlud. Kollegen Conradi sei der herzlichste Dank ausgesprochen. Überblicken wir den Verlauf aller Versammlungen, so können wir mit Genugtuung auf den Erfolg zurückblicken; besonders die Gewinnung der Veste Mainz, die früher jeder Annäherung trotzte, ist sehr erfreulich und lohnt überaus Kollegen Schadebachs Reise. Möge jeder mittelrheinische Korrektor, der sich seiner Spezialorganisation noch nicht angeschlossen hat, sich dieser anschließen, um dadurch das kleine Häuflein zu mehren. Denn geschlossen durch eine feste, starke Organisation können wir unsre Forderungen bei der nächsten Tarifbewegung durchdrücken und dadurch die mißliche Lage der Korrektoren verbessern.

Nordhausen. In der am 5. September abgehaltenen gut besuchten Ortsvereinsversammlung referierte Kollege Reinhold Herwig (Magdeburg) über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften mit besonderer Berücksichtigung unsrer Organisation". In nahezu zweistündigem Vortrage gab Redner zunächst ein klares Bild von dem Entwicklungsgange der Gewerkschaften in Deutschland; auch schilderte er eingehend das Gewerkschaftsleben Englands. Dann streifte er die Zeit des Sozialistengesetzes, in der die meisten Gewerkschaften der Auflösung verfielen oder aber ihren Titel ändern mußten, das letztere tat auch unsre Organisation. Er berührte dann weiter alle Gebiete des gewerblichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens und alle von den Gewerkschaften gegründeten Institutionen, um hierauf die Versammelten auf die nächsten Aufgaben, die die Gewerkschaften, speziell die Buchdrucker, zu erfüllen haben, hinzuweisen. Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die großzügigen Ausführungen und spendeten dem Referenten lebhaften Beifall. Eine kurze Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Nachdem der Kartellbericht erstattet und einige Interna erledigt, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß künftig sämtliche Kollegen an den Versammlungen teilnehmen möchten, denn es fehlten trotz des interessanten Referats noch 17 Mann. — Unsre Johannisfestdrucksachenausstellung fand am 30. August im Vereinslokale statt und erfreute sich eines guten Besuchs. Der Maschinenfabrik Rockstroh & Schneider in Dresden-Heidenau, die uns eine große Kollektion Präge- und Drucksachen zur Verfügung gestellt, sei auch an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

Zwickau. (Hoffäß in Zwickau!) Diese Nachricht verbreitete sich mit Windeseile unter den hiesigen Buchdruckern, und die Frage nach seinem Begehr riß nicht ab. Ja, was wollte er eigentlich auch hier? Die Sache war einfach die: In Zwickau zählt sich noch ein kleines Häufchen Buchdrucker (neun Mann) zum Gutenbergbunde; sie hatten immer gehofft, daß der Gutenbergbund doch noch einmal emporschnellt zu einer achtunggebietenden Organisation. Und der „Typograph" tat sein übriges, sie in diesem Glauben zu erhalten. Doch auf die Dauer ging das nicht. Und wer sich noch halbwegs eines ungetrübten Blickes erfreut, der muß doch auch einsehen, daß mit dem Gutenbergbunde kein Licht mehr aufzustecken ist, und daß derselbe jede Werbekraft verloren hat. Der Mitgliederbestand stagniert schon seit Jahren. Kein frisches Blut fließt dem Bunde mehr zu, und die Gefahr, bei eintretender Invalidität eventuell einmal leer auszugehen, wird immer größer. Und weil diese Überzeugung auch den Zwickauer Bündlern gekommen war, haben sie das Hoffen und Harren aufgegeben und ihren Übertritt in den Verband erklärt. Diesen vernünftigen Entschluß mochte nun irgend eine treue Seele an die notwendige Adresse verraten haben, denn auf dem schnellsten Wege eilten der Bezirks- und Kreisvorstand aus Altenburg und Leipzig nach Zwickau, um die abtrünnigen Gesellen von dem entsetzlichen Schritte noch zurückzuhalten. Es war aber soviel wie keine Aussicht auf Erfolg vorhanden. Deshalb mußte Hoffäß her, denn nur er allein konnte hier noch helfen. Und er kam, sah und — siegte nicht. Er ließ alle Schleusen seiner Beredsamkeit los; er mahnte in väterlicher Milde zur Umkehr, es half aber alles nichts. Kein einziger der bisherigen treuen Gefolgen wollte von einer Rückkehr etwas wissen. Hier hatte das Licht der Erkenntnis doch schon zu tief hineingeleuchtet, so daß die Bekehrungsversuche selbst eines Hoffäß versagen mußten. Schließlich saß er noch allein da, wie der betrübte Lohgerber, dem die Felle fortgeschwommen waren. Auch ihm hat der vorwärtsdrängende Strom der Zeit all seine Lieben hinweggeführt und sie dort landen lassen, wo sie schon längst hingehört hätten: im Verband der Deutschen Buchdrucker! Wann wird den übrigen Bundesmitgliedern im Kreise ein Seifensieder aufgehen? — Die Papier- und Kartonnagenfabrik der großindustriellen Firma C. F. Leonhardt in Krossen lockt unter allerhand günstigen Versprechungen Buchdrucker nach dort, um sie in der neu eingerichteten Stanz- und Prägedruckerei zu verwenden bzw. durch sie Hilfsarbeiter einrichten zu lassen. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß dortselbst niemand das ewige Leben hat, sondern eine Entlassung der andern auf dem Fuße folgt. Hauptgrund ist hierbei, daß die Firma den Arbeiterorganisationen feindlich gesinnt ist und in ihrem Betriebe keine organisierten Arbeiter duldet. Um zu verhüten, daß verheiratete Kollegen mit Sack und Pack nach hier ziehen und dann in kurzer Zeit wieder das Arbeitsfeld räumen müssen, sei vorstehendes der Öffentlichkeit unterbreitet.

Rundschau.

Ferien! In Schwelm sind von der Firma „Schwelmer Tageblatt", G. m. b. H., ohne Karenzzeit den Gehilfen drei Tage Urlaub bewilligt worden. Im vergangenen Jahre war bei den älteren Gehilfen mit der Feriengewährung ein Anfang gemacht worden. Nun ist diese Einrichtung dauernd und für alle eingeführt. Die anderen Druckereien dort können daran die Möglichkeit und Nützlichkeit der Feriengewährung ersehen und werden nun wohl auch so handeln. — Die Buchdruckerei von Joh. Courtois in Kolberg (Verlag der „Kolberger Volkszeitung") hat als erste Firma am Ort ihrem Personal acht Tage Ferien ohne Karenzzeit bewilligt. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die anderen dortigen Druckereien diesem guten Beispiele folgen würden. — In Frankfurt a. O. sind den Gehilfen bei Karl Ulrichs Nachf. drei Tage Urlaub gewährt worden nach einjähriger Wartezeit.

Der Oberfaktor der verbandsgegnerischen Druckerei Vieweg in Braunschweig, von dem in Nr. 105 die Rede war, u. a. wegen seines hochtrabenden Ausspruchs: „So lange die Firma Vieweg & Sohn existiert, werden keine Verbandsmitglieder eingestellt", steht in Leipzig in „bestem" Andenken. Hier hat der Herr Oskar Milbitz (nicht Wilbig) als gewöhnliches Setzerlein bei Breitkopf & Härtel gearbeitet, goldfroh, wenn durch das Vorgehen des Verbandes auch ihm eine Zulage in den Schoß fiel. Als Milbitz dann ein Pöstchen in einer andern Leipziger Druckerei erwischt hatte, wußte er dem Verbande aber wenig Dank, im Gegenteil, er begann schon mit dem Herausgrauen der Verbandsmitglieder. Bei Vieweg in Braunschweig ist Milbitz nun der rechte Mann am rechten Platze — so lange es eben dauert, denn auch für solche Leute ist noch nicht aller Tage Abend. Wenn allerdings die Gehilfen bei Vieweg Männer wären, die den Standpunkt von Wilhelm Hoffäß teilen und mit aller Entrüstung und Entschiedenheit gegen die Vorenthaltung des heiligsten Rechts des Arbeiters auftreten würden, dann würde Herr Milbitz wohl weniger großspurig tun über die organisationsfeindliche Haltung der Firma Vieweg & Sohn. So aber kann Milbitz leider den Mund vollnehmen, denn es gibt auch unter den Buchdruckern noch Elemente, die für zweifelhafte Benefizien ihres Arbeitgebers auf das Koalitionsrecht und auf die Vorteile und den Schutz der Tarifgemeinschaft Verzicht leisten und sich vollständig abhängig machen von der Gnade des Unternehmers und dessen Werkzeugen. Herr Milbitz kann aber auch um dessentwegen noch so auftrumpfen, weil er, wenn wirklich die N.-V. ihn im Stiche lassen und sich auf ihre Arbeiterehre besinnen würden, er immer noch auf den Gutenbergbund rechnen könnte. Denn dieser befestigt ja jetzt schon die Nichttariffirma Vieweg in ihrem Standpunkte und Hoffäß samt der pp. Bundesleitung geben ihren Segen dazu. Die Entrüstung von Hoffäß über die Vorenthaltung des Koalitionsrechts und den Revers bei Vieweg war eben Mache, wie ja alle moralischen Anwandlungen der Bundesgrößen nur Scheinmanöver sind.

Was es mit den bündlerischen Ortsvereinen auf sich hat, gibt freundlicherweise der „Typograph" selbst zu verstehen. „Unser" Ortsverein Zwickau ist den Weg von so vielen anderen gegangen, d. h. aufgeflogen. Hoffäß regaliert die jetzt Übergetretenen in einer Weise mit Liebenswürdigkeiten, die alles Dagewesene überflügelt. Augenscheinlich befolgt Hoffäß mit dieser neuen fulminanten Schimpfepistel die Abschreckungstheorie. Wenn nichts mehr selbst die ältesten Bündler (wie in Zwickau) von dem Verlassen des stolzen Bundesbanners abzuhalten vermag, so, denkt Hoffäß, doch vielleicht die zu erwartende Vermöbelung im „Typograph". Na, wir meinen, auch dieses saubre und sehr christliche Mittel wird keinen Mann mehr beim Bunde zurückhalten, der eben dessen Jämmerlichkeit erkannt hat. In Zwickau sind nun neun Bündler ausgetreten und drei der gelben Organisation treu geblieben. „An ein Auflösen des Ortsvereins denken wir deshalb noch lange nicht", heißt es aber im „Typograph". Woraus folgerichtig zu schließen, daß die drei Mann hohen Ortsvereine im Bunde nicht etwa eine Ausnahme, sondern fast die Regel bilden. Dieses Eingeständnis freut uns vom „Typograph".

Das „Tageblatt für Vorpommern" in Greifswald, dessen Preisrätsel wir in Nr. 104 einer Kritik unterzogen, trifft nicht der Vorwurf der Schmutzkonkurrenz in ihren Inseratenpreisen, wie beiläufig in jener Notiz zum Ausdrucke kam. Wir stellen das gern fest, wenn auch von uns gar keine dierekte Behauptung aufgestellt wurde.

Eine Falschmünzerwerkstätte großen Maßstabes, denn sie beschäftigte etwa 40 Personen, wurde in Mailand entdeckt und die ganze Gesellschaft in Untersuchungshaft gesteckt. Alle Sorten von Banknoten wurden angefertigt, nur mit der geringsten zu 5 Lire gab man sich nicht ab.

Eine bemerkenswerte Urteilsaufhebung beschloß das Oberlandesgericht Kiel. Das „Hamburger Echo" sollte einen Volksschullehrer Brandt, der Mitglied des übelberufenen Reichsverbandes ist, beleidigt haben. Ein Redakteur und ein Berichterstatter wurden zu je 300 Mk. Geldstrafe, unser Kollege Waberski aber zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Einschätzung der Ehre eines Reichsverbändlers muß dem Oberlandesgerichte Kiel denn doch sehr hoch erschienen sein, weswegen es das Urteil in allen seinen Teilen aufhob und an die Vorinstanz zurückwies, die nun wohl auch andrer Meinung sein wird.

Das erste Vierteljahrhundert ihres Bestehens vollendet am 15. September, am heutigen Tage, die „Metallarbeiterzeitung", das Organ der größten deutschen und auch der größten Gewerkschaft der Welt. Daß aus diesem Anlaß eine Festnummer erschien, ist nicht mehr wie recht und billig. Die inhaltliche Ausgestaltung durch eine Reihe wertvoller Beiträge aus dem In- und Auslande sowie das äußere Gewand machen diese Jubiläumsnummer zu einem bedeutsamen Gradmesser des Standes der deutschen Gewerkschaftspresse, an deren Spitze die „Metallarbeiterzeitung" seit langem mit marschiert. Karl Grillenberger war es, der den Gedanken der Gründung eines Fachblattes für die deutschen Metallarbeiter aufgriff und mit Johannes Scherm sowie mit ideeller Unterstützung der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter der Verwirklichung entgegenführte. Scherm übernahm die Redaktion des erst „Deutsche Metallarbeiterzeitung" sich nennenden und in Nürnberg erscheinenden Organs, dessen Leitung er heute noch inne hat, es sind also Blatt und Redakteur gleichzeitig Jubilare. Die jetzt in einer Auflage von 380000 Exemplaren erscheinende, in eignen Druckereien in Stuttgart und Berlin gedruckte „Metallarbeiterzeitung" sei auch von uns der besten Glückwünsche für ihre zukünftige Gewerkschaftsarbeit versichert.

Die Verschmelzung der Organisationen der Photographen und der Lithographen und Steindrucker wird Ende dieses Monats stattfinden. Die im Deutschen Photographengehilfenverbande vorgenommene Urabstimmung über den Anschluß an den Verband der Lithographen und Steindrucker hat nur acht Stimmen gegen den Übertritt gezeitigt. Der Formstecherverband hat nunmehr auch die gemäß Generalversammlungsbeschluß vorzunehmende Urabstimmung über den Anschluß an die Organisation der Lithographen und Steindrucker in die Wege geleitet. Das Resultat wird sein wie bei den Photographen.

Ein zum Proteste herausfordernder Beschluß wurde von dem sozialdemokratischen Wahlvereine in Wernigerode gefaßt. Der Vorstand wurde nämlich beauftragt, an den Versammlungen der Gewerkschaften sich zu beteiligen oder zur Teilnahme geeignete Personen dazu heranzuziehen. Mit diesem Beschluß ist einer vor einigen Jahren von Kautsky gegebenen Anregung Folge geleistet; ob bewußt oder unbewußt, entzieht sich unsrer Kenntnis. Er bedeutet eine Kompetenzüberschreitung, die sich die Gewerkschaften nicht gefallen zu lassen brauchen und, soweit wenigstens die Buchdrucker in Betracht kommen, auch nicht gefallen lassen werden. Jeder mak sin's, ist und bleibt hier der richtige Standpunkt. Ein Beaufsichtigungs- oder Dreinspruchsrecht existiert weder hüben noch drüben.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent
für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich. | Leipzig, den 15. September 1908. | Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. | Nr. 107.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Kriegervereine — die Gewerkschaften der Zukunft! Nichts ist leichter, als sich mit Problemen zu befassen, zumal, wenn es sich um solche der Vernichtung handelt. So dachten auch unlängst brave Kriegervereinler in Pattensen, einem Städtchen im Hannoverschen, die dort zu löblichem Tun auf einem Bezirkskriegertage versammelt waren. Bekanntlich werden Gewerkschaftsmitglieder in Kriegervereinen nicht mehr geduldet. Um nun nicht an chronischem Mitgliederschwund zu leiden, sollen Maßregeln getroffen werden, die ehemaligen Heeresangehörigen aus dem Arbeiterstande von dem Eintritt in die Gewerkschaften abzuhalten und den Kriegervereinen zuzuführen und sie dort dauernd zu fesseln. Zwar sei die Frage nicht leicht, war man ehrlich genug einzugestehen, doch bei festem Willen und tatkräftiger Inangriffnahme (10 Pf. Beitrag pro Woche und Mitglied!) werde eine Durchführung zweifelsohne gelingen. In erster Linie soll der wirtschaftliche Vorteil angestrebt werden, den die Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten, um so dann eins nach dem andern den Gewerkschaften nachzuahmen. Wie die Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen gedacht ist, ob etwa Lohnforderungen künftig durch die Kriegervereine geregelt werden sollen oder ob Arbeitslosen- und Streikunterstützung einzuführen ist, darüber zu entscheiden bleibt einer spätern Versammlung vorbehalten. Eine Lohnbewegung unter solchen Umständen wäre nicht übel. Nach dem Kommando „Gewehr in Ruh" würde bei einem widerspenstigen Unternehmer die Arbeit niedergelegt und dann geschlossen aus dem Arbeitsraume marschiert werden. Vor dem Lokale würde Aufstellung genommen und dann die Streikposten verteilt. Streikbrecher werden einfach standrechtlich erschossen. Die soziale Frage wäre damit ebenso einfach wie gründlich gelöst.

Die schwarzen Listen der Grubenbarone, die bereits 5000 Namen aufweisen, sind nun auch auf die organisierten Steiger ausgedehnt worden. Jede ernsthafte Organisationsform wird von diesen Anhängern des Absolutismus bekämpft, ob mit gesetzlichen oder ungesetzlichen Mitteln, ist ihnen ganz schnuppe.

Für die gesetzliche Regelung des Rechts der Arbeitstarifverträge hat sich der in der vorigen Woche in Karlsruhe abgehaltene 29. deutsche Juristentag ausgesprochen. Wir werden diese Frage in der nächsten Nummer einer ausführlichern Behandlung unterziehen.

Millionendefraudant und Gewerkschaftsfeind war der jetzt sein Panama gefundene frühere dänische Justizminister Alberti in einer Person. Die auf sein Betreiben für gewisse Vergehen wieder eingeführte Prügelstrafe müßte jetzt an diesem Erzlumpen am nachhaltigsten praktiziert werden.

Nächtliche Straßendemonstrationen von Arbeitslosen fanden nunmehr in Glasgow statt. Es war von etwa 3000 Personen eine Kundgebung vor dem Hause des Bürgermeisters beabsichtigt. Die Polizei attackierte aber die Menge und trieb sie auseinander. Viele Demonstranten trugen Kopfverletzungen davon.

Die sogenannte Reform der Arbeiterversicherungsgesetze ist in ihren Grundzügen festgelegt. Wieder war das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe" in der Lage, über das Reformprojekt Mitteilungen zu machen. Da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" diese Darlegungen kommentarlos wiedergab, kann man jene über die Reform gebrachten Ausführungen wohl als zutreffend ansehen. Nach dem Regierungsprojekte sollen die vorhandenen Arten der Krankenkassen, die sich „bewährt haben" und in den Rahmen der neuen Organisation hineinpassen, zwar beibehalten werden, dafür soll aber die als notwendig erscheinende Zentralisation einmal durch weitgehende Erleichterung und Förderung der freiwilligen Verschmelzung mehrerer Einzelkassen und sodann durch die allgemeine gesetzliche Einführung des Zusammenschlusses sämtlicher Kassen eines Bezirks zu einem Verbande erreicht werden. Dementsprechend bleiben neben den Ortskrankenkassen die besonderen Kassenarten des Krankenversicherungsgesetzes: Betriebs-, Bau-, Innungs- sowie Knappschaftskassen, nach wie vor zugelassen. Statt der Gemeindekrankenversicherung soll eine Landkrankenversicherung Platz greifen. Die Kassenleistungen hinsichtlich der Unterstützungen sollen gleichwertig sein und gleichgestellt werden. Für die Ortskrankenkassen, deren Zusammenschluß veranlaßt werden soll, ist grundsätzlich der Abgrenzung nach Bezirken der Vorzug vor der bisherigen, überwiegend beruflichen Gliederung zu geben. Landarbeiter werden, wo keine Landkrankenkasse errichtet wird, der allgemeinen Ortskrankenkasse zugewiesen. Für die innere Organisation soll bestimmt werden, daß die Beiträge von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Hälfte geleistet werden. Die Arbeiter sollen bei der Beschlußfassung über Kassenunterstützung und Beiträge zwei Drittel der Stimmen haben. Den Vorsitz führt ein Kommunalbeamter, dessen Bestellung dem Kommunalverbande übertragen wird. Er gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Bei den Landkrankenkassen werden die Geschäfte des Vorstandes in der Regel vom Vorsitzenden allein wahrgenommen. Seine Wahl erfolgt durch den Kreistag. Sämtliche Krankenkassen der verschiedenen Arten innerhalb des Bezirks jeder untern Verwaltungsbehörde bilden zusammen kraft des Gesetzes einen Kassenverband. Diese Stelle vereinigt in sich die Obliegenheiten eines gemeinsamen Unterbaues der Unfallversicherung, der Invalidenversicherung und der Hinterbliebenenversicherung, der Aufsichtsbehörden der Krankenkassen sowie der regelmäßigen Spruch- und Beschlußbehörde erster Instanz in den Streitsachen aus dem gesamten Gebiete der Arbeiterversicherung. Überdies übernimmt sie im allgemeinen auch diejenigen Obliegenheiten, die nach der geltenden Gesetzgebung Sache der unteren Verwaltungsbehörden und sonstiger örtlicher Behörden sind. Für den geschäftsführenden Beamten wird der Besitz der Fähigkeit zum Richteramt oder zum höhern Verwaltungsdienst nicht erfordert. Dieser Beamte wird ebenso wie das Hilfspersonal vom Kommunalverband bestellt. Die örtliche Stelle soll Versicherungsamt, der geschäftsführende Beamte Versicherungsamtmann heißen. Zur Besetzung der Spruchausschüsse wird die gleiche Zahl von Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten gewählt. Die Wahl erfolgt im wesentlichen in der gleichen Weise, wie es zurzeit in Sachen der Invalidenversicherung mit den Vertretern der beiden Gruppen bei den unteren Verwaltungsbehörden der Fall ist, und zwar erfolgt sie durch die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen, wobei wie bisher die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten ihre Vertreter je gesondert wählen, während der unparteiische Vorsitzende ein Stimmrecht nicht ausübt. Die weiteren Instanzen sollen rein staatliche Behörden und ihre Beamten durchweg staatliche Beamte werden. Sie bestehen aus dem Oberversicherungsamt, das aus den jetzigen Schiedsgerichten gebildet wird, und dem Reichsversicherungsamt. Von einer Zusammenlegung der Kranken- und Invalidenversicherung ist also keine Rede. Was der Entwurf an Verbesserungen bringt, ist wirklich geringfügiger Art. Die Beibehaltung der Innungs-, Betriebs-, Bau- und Knappschaftskassen zählt gewiß nicht darunter. Die Haupttendenz der „Reform" geht auf eine weitere Ausschaltung der Arbeiter von der Verwaltung und dann auch auf die Auslieferung der Arbeiterversicherung an die Staats- und Kommunalbureaukratie hinaus, ist also gegen die Ortskrankenkassen im speziellen gerichtet. Die Arbeiterschaft wird zu dieser „Reform", die vorläufig einen Sieg von Mugdan und Genossen darstellt, ihre Meinung noch unzweideutig sagen.

Die Lebensmittelpreise in deutschen Großstädten zeigen im Vergleich zum Vorjahre, was den Kostenaufwand für den wöchentlichen Familienbedarf an Nahrungsmitteln anbelangt, bis einsch. August folgende Bewegung: Januar 22,42 Mk. (1907: 22,77), Februar 22,44 Mk. (22,72), März 22,47 Mk. (22,36), April 22,68 Mk. (22,07), Mai 22,97 Mk. (22,44), Juni 23,02 Mk. (22,24), Juli 23,20 Mk. (22,69), August 22,78 Mk. (23,07). Es ist also seit dem Februar d. J. wohl eine Verbilligung wieder für den Monat August zu konstatieren, die jedoch nicht allgemein ist. In einigen Orten, namentlich in Berlin, Stuttgart und München, sind die Preise sogar gestiegen. Berlin hat allerdings die niedrigsten Lebensmittel überhaupt. Der Kostenaufwand stellte sich dort im August nur auf 21,67 Mk., während er z. B. in Chemnitz 23,84 Mk. betrug. Von den Städten, in denen sich der Kostenaufwand für die Ernährung gegenüber dem Vorjahre verringert hat, ist vor allem Dresden zu nennen, wo die Standardziffer sich von 23,80 Mk. pro Woche im August 1907 auf 21,91 Mk. im laufenden Jahr ermäßigte. Diese Abnahme ist ausschließlich auf die Verbilligung des Fleisches zurückzuführen. Gerade in Dresden hatte, wie überhaupt im Königreich Sachsen, die Aufwärtsbewegung der Fleischpreise im vergangenen Jahr eine besondere Höhe erreicht. Sowohl Schweinefleisch als Hammelfleisch sind nun im laufenden Jahre billiger geworden und stehen niedriger im Preis als in einer Reihe andrer Städte. Auch in Leipzig hat der Kostenaufwand eine Verbilligung erfahren; der wöchentliche Aufwand für Nahrungsmittel ging hier von 23,04 Mark auf 22,80 Mk. herab. Es ist hauptsächlich Fleisch, das im Preise gesunken ist, während der Brotpreis gegenüber dem Vorjahre gestiegen ist.

In Rathenow streiken die Arbeiter in den optischen Werkstätten, mit Ausnahme eines dem Arbeitgeberverbande nicht angehörenden Betriebes.

In Malmö ist nun auch ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen. — In Santos (Brasilien) befinden sich die Hafenarbeiter ebenfalls im Ausstande.

Briefkasten.

C. K. in Bitterfeld: Solche Berichtigungen müssen unsre Leser ja anöden. Es ist doch der reine häusliche Streit. — Runder Tisch: Wir haben diese Angelegenheit dem Verbandsvorstand übersandt. — G—f. in Kassel: Ihren Artikel haben wir teils an den Verbandsvorstand gesandt, teils haben wir 20 Pf. Strafporto bezahlt. — W. M. in Eberswalde: Den Ort hatten Sie in betreffendem Manuskripte nicht angegeben. — Fr. O. in Friedrichroda: Ist nicht aufnahmefähig, und zwar aus taktischen Gründen. — K. G. in Stuttgart: Sie haben recht. Der „Erbe" kann, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, als Rechtschreibungs- und als Wörterbuch dienen. Ob dessen zweite Auflage sich mit dem neuen Duden vollständig deckt, vermögen wir jedoch nicht zu sagen, denn wir besitzen nur die erste Auflage vom „Erbe". Hoffentlich liest F. E. T. diese Notiz, um mit uns Ihnen für gefl. Hinweis zu danken. — Nach Essen: Erst in nächster Nummer möglich. Gruß! — Chr. Dr. in Berlin: Für freundliche Sympathiebezeugung vielen Dank. Das macht einem das Eintreten für unsre Sache um vieles leichter. Eine so wohlwollende Beurteilung unsrer Tätigkeit findet man nicht jeden Tag und namentlich nicht in Berlin.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen diejenigen Herren Besteller der Rexhäuserschen Broschüre „Die Geschichte des Gutenbergbundes", welche den Betrag dafür (pro Exemplar 15 Pf. und außerdem Porto) noch nicht abgesandt haben, dies umgehend, spätestens aber bis zum 20. September tun zu wollen.

Das Porto beträgt:

für 1 Exemplar	10 Pf.	(Drucksache)
bis 3 „	20 „	„
„ 6 „	30 „	„
über 6 „	50 „	„

Berlin. **Der Verbandsvorstand.**

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. Oktober neu erscheinen soll, versuchen wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und -kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. April 1908) verzogen sind, dies jedoch im „Korr." nicht mitgeteilt haben, oder wo durch Neuwahl des Vorsitzenden oder Kassierers eine Änderung eingetreten ist, diese Veränderung in den Adressen möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 22. September — der Hauptverwaltung, Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I, mitzuteilen. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im Oktober) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen.

Berlin. **Die Hauptverwaltung.**

Bezirk **Gießen.** Der Setzer Fritz Rothenpieler aus Siegen i. W. (Hauptbuchnummer 84013), welcher ohne Verbandsbuch von Weßlar angeblich nach Siegen abgereist ist, wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse an den Bezirkskassierer Jos. Müller, Asterweg 56, gelangen zu lassen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Altenburg. Der Maschinensetzer Otto Röseler aus Düringshof und der Setzer Richard Feden aus Liegnitz werden hierdurch zum letztenmal aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber dem hiesigen Herbergswirte nachzukommen, widrigenfalls Antrag auf Ausschluß gegen sie gestellt wird. Um Angabe der Adressen beider Kollegen sowie des Setzers Richard Reche aus Altenburg bittet E. Sturm, Adelheidstraße 14, II.

Offenbach a. M. Um Angabe der Adresse des Galvanoplastikers Karl Theodor Wüstenberg, geboren am 16. August 1867 in Hannover, ersucht H. Stein, Domstraße 16.

Stralsund. Der Setzer Paul Runowsky aus Dresden wird ersucht, seine Adresse an den Kollegen Karl Rohde, Stralsund („Tageblatt"), gelangen zu lassen, damit ihm seine Karte nachgesandt werden kann. Die Herren Verbandsfunktionäre wollen genannten Kollegen hierauf aufmerksam machen.

Adressenveränderungen.

Herne i. W. Vorsitzender: Otto Wicht, Schulstr. 52.

Kastrop-Lütgendortmund. Vorsitzender u. Kassierer: Max Töpert, Lütgendortmund, Ispeler Straße 9.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Putbus der Setzer Wilh. Burwitz, geb. in Putbus 1885, ausgel. das. 1904; war schon Mitglied. — H. Miethe in Stralsund, Steinwichstraße 1.

In Weimar der Drucker Paul Dietsch, geb. in Weimar 1890, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Emil Prox, Kohlstraße 2.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Wir ersuchen die Herren Verwalter, uns das Quittungsbuch des Setzers Karl Hempel aus Roitzsch (Hauptbuchnummer 62045) zur Kontrolle einzusenden mit der Angabe der Reisetour des H. bzw. wohin das Buch gesandt werden soll.

— Als erledigt zu vermerken ist: Notiz betreffend Paul Kurth aus Ballendorf („Korr." Nr. 105).

Altenburg. Die Herren Reisekassenverwalter und Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem Setzer Friedr. Rischar aus Königsbach (Hauptbuchnummer 65027) 2 Mk. hier erhaltenen Stiefelvorschuß abzuziehen und an E. Sturm, Adelheidstraße 14, II, einzusenden.

Versammlungskalender.

Ahrweiler. Versammlung Samstag, den 19. September, abends 9 Uhr, im Vereinslokale, Hotel „Drei Kronen".

Eberswalde. Bezirksversammlung Sonntag, den 11. Oktober, vormittags 9½ Uhr, in Angermünde im Restaurant „Reichshalle" (A. Mund). Anträge sind bis zum 25. September beim Vorsitzenden einzureichen.

Frankfurt a. M. Bezirksversammlung heute Dienstag, den 15. September, abends 8½ Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus".

Frankfurt a. O. Herbstbezirksversammlung Sonntag, den 18. Oktober, in Neudamm. Anträge hierzu sind bis zum 12. Oktober beim Vorsitzenden einzureichen.

Hamburg-Altona. Vorstandssitzung heute Dienstag, den 15. September, abends 9 Uhr, im Vereinsbureau, Besenbinderhof 57.

Ludwigshafen a. Rh. Bezirksversammlung Sonntag, den 4. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in Frankenthal. Anträge zu derselben sind bis längstens 28. September beim Vorsitzenden E. Gerisch einzureichen.

Magdeburg. Herbstbezirksversammlung Sonntag, den 25. Oktober, in Magdeburg. Anträge für dieselbe sind bis spätestens 10. Oktober beim Vorsitzenden einzureichen.

Schweizerischer Typographenbund.

Die Setzer Bruno Stähr aus Weinheim (Baden) und Anton Kalemovic aus Sarajewo (Kroatien) werden ersucht, ihren Verpflichtungen der Sektion Basel gegenüber nachzukommen, andernfalls Ausschluß erfolgt.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Zweiter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1908.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

II. Kreis.

Aachen: Krischel, Jean.
Bochum: Schäfers & Ecken.
Dorstfeld: Schmidt, W.
Elberfeld: Bergische Druckerei und Verlagsanstalt, G. m. b. H.
Gevelsberg: Fastenrath, Hugo.
Kalk: Welzel, M.
Lünen a. d. Lippe: Bongers, Wilh.

III. Kreis.

Wiesbaden: „Wiesb. Generalanzeiger" (Konr. Leybold).

IV. Kreis.

Halle a. S.: Fabrik pharmazeutischer Kartonnagen, Etiketten und Papierwaren (Otto Schulz & Ko.).
Mühlhausen i. Th.: Rinneberg, Bernh.
Naumburg: Borchert, G., & Hoffmann, H. (O. Rühlmanns Nachf.).

VII. Kreis.

Chemnitz: Krauß & Stein.
Döbeln: Pischel, J. (Inh. Dagobert Culp).
Dresden: Cito-Briefordnerfabrik (Inh. O. Haselbauer).

VIII. Kreis.

Berlin: Berliner Druckerei- und Verlagsgesellschaft m. b. H.; Druckerei „Süd-Ost" (Fr. Müller); Knopff & Jacobi; Rückert, Willi; Werner & Schade.

IX. Kreis.

Löwenberg: „Löwenberger Zeitung" (L. Menzel).

XI. Kreis.

Birkenwerder: Kolland, C. R.

XII. Kreis.

Allenstein: Bludau, Rudolf.
Kulm: Brandt, Karl (Inh. G. Görz).

Aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien gestrichen wurden die Firmen:

„Gladbecker Zeitung" (Theben) in Gladbeck (II. Kreis).
R. Bühler in Wiesloch (IV. Kreis).
Markert in München (V. Kreis).
Elsner in Sprottau (IX. Kreis).

Bekanntmachung.

Wahlen für die Schiedsgerichte.

Schiedsgericht Regensburg. (Gehilfenwahl): Georg Neidl sen., Jos. Halter, M. Pfrang, H. Büttner, H. Kreitner.

Berlin, den 9. September 1908.

Georg W. Bürgenstein, Prinzipalsvorsitzender. L. H. Tiesecke, Gehilfenvorsitzender.
Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Als Faktor — Techn. Leiter Geschäftsführer

Werte Zuschriften mit Gehaltsangabe unter **A P 717** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Prima-Referenzen zu Diensten.

Galvanoplastiker, zugleich **Stereotypeur,** tüchtiger und selbständiger Arbeiter, von größerer Druckerei Süddeutschlands (Bayern) gesucht. Herren, denen an ruhiger, selbständiger Stellung gelegen, belieben Offerten unter Nr. 703 mit Angabe der Gehaltsansprüche an die Geschäftsstelle d. Bl. einzusenden.

Angenehme Existenz.

Zwecks käuflicher Übernahme eines sich im flotten Betriebe befindlichen **graphischen Fachgeschäfts, verbunden mit guten Vertretungen der Schriftgießerei- und Maschinenbranche, und eigner besteingerichteter Walzengußanstalt mit großem Kundenkreis, in konkurrenzlosem Gebiete,** suche ich einen strebsamen Kollegen als Teilhaber mit etwa 6—8000 Mk. Einlage, welche in gleicher Höhe von mir gestellt wird. Das Unternehmen erfreut sich einer gesunden Entwicklung, ist sehr rentabel und ausdehnungsfähig. Kollegen mit ernsthaftem, verträglichem Charakter, die event. geneigt sind, wollen sich baldigst unter Chiffre T. T. 718 a. d. Geschäftsst. d. Bl. wenden.

Tüchtiger Setzer
der auch als
Inseratenakquisiteur
gute Erfolge erzielt, per sofort gesucht. Bewerber, welche in der Berichterstattung aushelfen können, erhalten den Vorzug. Werte Offerten unter Nr. 724 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger
Monolinesetzer
gesucht. Werte Offerten mit Angabe der Lohnansprüche unter Chiffre T. 676 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger [721
Monotypesetzer
sofort gesucht. Werte Offerten erbeten an die **Deutsche Verlagsanstalt,** Stuttgart.

Linotypesetzer
tüchtige Kraft, gesucht. Werte Offerten wollen unter Angabe der Lohnansprüche unter Nr. 677 an die Geschäftsstelle d. Bl. gerichtet werden.

Tüchtige
Galvanoplastiker
per sofort gesucht. [696
Karl Kind jr., Bielefeld.

Stereotypiepapiere
in all. Formaten, Fließpapiere, Auslegepappe, Trocken- und Kalanderfilze, Matrizenpulver 40 Pf., Bunzenpulver 60 Pf., Metallreinigungspulver 1,60 Mk., Klopfbürsten.
H. Andressen & Sohn, Hamburg.

Tüchtiger Galvanoplastiker
selbständig im Prägen und Abdecken, findet sofort dauernden Posten bei [714
Karl Grendler & Söhne, k. u. k. Hofschriftgießerei
Wien VII/2, Müllergasse 23.

Werkmetteur
sucht als solcher oder als **Katalog- u. Tabellensetzer** in **Leipzig** Stellung. Werte Offerten unter Nr. 723 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Rudolf Müller
aus Berga (Elster) wird ersucht, seine Adresse an **Franz Kluge,** Weida, gelangen zu lassen, event. werden die Herren Funktionäre darum gebeten. [722

Der graphische Arbeitsmarkt
wird bereits fünf Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags an alle Postämter des deutschen Reichs versandt, von denen [217
Arbeitsuchende
diese Sonderausgabe zum Preise von 9 Pf. pro Monat beziehen können.
„Buchdrucker-Woche"
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Zahlreiche ★ ★ ★ ★ Anerkennungen!
Aufträge durch **10-Pf.-Postanweisung** erb.

Brosche mit Buchdruckerwappen. Natürliche Grösse.

Gegen Einsendung von 2,95 Mk. Fr.-Zusendung. In Extraetui 10 Pf. mehr. [718
Graphische Verlags-Anstalt
P. Goldschmidt, **Halle a. S.**
Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Uhren auf Teilzahlung

Hundertausende Kunden. — Tausend. beglaubigte Anerkennungen.
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Goldwaren und Geschenkartikel auf Teilzahlung

Hundertausende Kunden. — Tausend. beglaub. Anerkennungen.
Katalog mit zirka 3000 Abbildungen umsonst u. portofrei.
Jonass & Co., Berlin SW. 247.
Belle-Alliance-Strasse 3.

Wer sich zum Faktor
oder zum ersten Akzidenzsetzer ausbilden will, dem ist der einjährige Besuch des **Technikums für Buchdrucker** zu empfehlen. Es wird leichtfasslicher Unterricht erteilt in folgenden Fächern: Akzidenzsatz aller Art, Skizzieren, Farbenlehre, Tonplattenschneiden, Faktorarbeiten, Druckpreiseberechnung, Zinkätzung, Drucktechnik usw. Zahlreiche Anerkennungs- und Dankschreiben. **Am 1. Okt. beginnt ein neuer Kursus.** — Prospekte durch die Geschäftsstelle **Leipzig-R.,** Senefelder-Strasse 13—17.

Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe
H. MATHAEUS
Stuttgart-Gablenberg
Empfehle den Collegen:
sämtl. Fachartikel und Schmucksachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko.

Dresdner Buchdruckergesangverein.
Mittwoch, den 16. Septbr., punkt 8½ Uhr:
Übungsstunde.
Das **pünktliche** Erscheinen **aller Sänger** ist unbedingt erforderlich. Nach der Übungsstunde, 10½ Uhr: **Versammlung.** T.-O.: Anderweite Beschlußfassung über das Winterprogramm. Zahlreiches Erscheinen der passiven Mitglieder erbeten. — **Sonntag, den 24. September: Herrenpartie** laut Sommerprogramm. [719

Unterzeichneter ersucht folgende Buchdrucker, ihren Verpflichtungen gegenüber dem „Gewerkschaftshaus" in **Stettin,** Bismarckstraße 10, umgehend nachzukommen: Setzer **Wilhelm Mayer** aus Königsberg (31378) vom Januar 1906; Setzer **Ewald Zolk** aus Berlin (31349) vom Mai 1908; Setzer **Wilhelm Witt** aus Neu-Lüdershagen (37223) vom November 1907; Drucker **Ernst Zieske** aus Stettin, zurzeit Frankfurt a. O., vom Januar 1908; der Galvanoplastiker **Rich. Langwitz** aus Stötteritz (45414) vom Mai 1907; Setzer **Hermann Keil,** zurzeit in Stettin, vom Mai 1907; Setzer **Fritz Urosek** aus Breslau (31246). **W. Wilk.** [720

Todesanzeige.
Am 9. September verstarb nach langer, schwerer Krankheit der Mitbegründer unsers Ortsvereins, unser Senior, der Setzer
Heinrich Dauben
aus Köln, im Alter von 74 Jahren.
Wir betrauern in dem Verstorbenen, welcher mehrfach in Vorstandsämtern tätig war, ein treues und eifriges Verbandsmitglied. [715
Ehre seinem Andenken!
Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Todesanzeige.
Am 9. September verschied nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Setzer
Heinrich Dauben
im Alter von 74 Jahren. Sein biederer, jovialer Charakter sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Köln, den 10. September 1908. [716
Das Personal der Firma Beckhausen & Küpper.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 43
liefert franko
Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.
Otto Krüger, Die Technik der bunten Akzidenz gebunden 6 Mk.
Inseratenmuster (280) Von H. Elle. 1 Mk.
Geschichte der Setzmaschine und ihre Entwickelung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Herrmann. Mit vielen Illustr. 1,80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Setzmaschinen und deren Technik.)

Adressen für Zusendungen
an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer":
für Artikel u. Korrespondenzen: Ludwig Rexhäuser,
„ Rundschau und Gewerkschaftliches: Willi Krahl,
„ Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Löblich;
sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.

Verleger: E. Döblin in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: L. Rexhäuser in Leipzig. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.